



Interviews

21. November 2023

Jasper Barenberg im Gespräch mit Michael Hüther

Barenberg: Wie also will die Ampelregierung all die Vorhaben jetzt finanzieren, die eigentlich aus dem Klima- und Transformationsfonds bezahlt werden sollten? Sparen, Steuern erhöhen, Subventionen streichen, die Schuldenbremse erneut aussetzen oder auf lange Sicht verändern? Ideen und Vorschläge kursieren gerade viele. Einigkeit in den Regierungsparteien gibt es aber absehbar erst einmal nicht. Am Telefon ist Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, schönen guten Morgen, Herr Hüther.

Hüther: Guten Morgen, Herr Barenberg.

Barenberg: Das Urteil der Verfassungsrichterin und -Richter in Karlsruhe liegt ja jetzt schon einige Tage auf dem Tisch und trotzdem scheint noch nicht vollends klar, wie massiv die Folgen sind für die Ampel und für die Politik insgesamt, oder?

Hüther: Ja, wir erkennen ja, dass es hier an die Grundsätze letztlich der Finanzpolitik und Haushaltspolitik dieser Regierung geht, aber eigentlich Politik insgesamt, denn wir haben Aufgaben vor der Brust, die sich ja auch aus einem Verfassungsgerichtsurteil ergeben, nämlich zum Klimaschutzgesetz. Das hat ja dazu geführt, dass das vorhandene von 2019, 2021 noch mal verschärft wurde. Und wir wollen 2045 klimaneutral werden. Das ist der Hintergrund für den Klima- und Transformationsfonds. Das heißt, Mittel müssen aufgebracht werden in erheblichem Maße, mehr als der Staat es sonst tun muss, denn diese Transformation zum Ausstieg aus fossilen Energieträgern ist historisch und eine einmalige Aufgabe. Und das muss gemacht werden. Dafür hat im Augenblick auch keiner eine Lösung. Also, es betrifft alle, die politisch jetzt oder künftig handeln.

Barenberg: Also, das können wir schon mal festhalten. Aus Ihrer Sicht sind die geplanten Investitionen, die Unterstützung der Wirtschaft in diesem gigantischen Umbau hin zur Klimaneutralität, die sind unverzichtbar?

Hüther: Ich würde nicht über jede einzelne so reden, aber im Grundsatz schon, denn wir haben hier eine schwierige Veranstaltung zu machen. Wir wollen beispielsweise eine Wasserstoffwirtschaft hochfahren. Da wird es nicht reichen, allein den CO₂-Preis für die entsprechend betroffenen starken energienutzenden Branchen hochzufahren. Wir sagen beispielsweise – so ja auch der wissenschaftliche Beirat und der Bundeswirtschaftsminister – wir brauchen auch Leitmärkte. Wir brauchen noch andere Interventionen. Das ist eine Aufgabe, die wir so auch nie hatten. Das heißt, da muss mehr und intensiver gehandelt werden. Gleichzeitig heißt das aber, wir brauchen eine jederzeit verlässlich gut funktionierende Infrastruktur, sonst wird dieser Austausch im Kapitalstock, den wir vornehmen, ja gar nicht richtig funktionieren. Und diese Aufgabe steht im Raum, nicht in jedem Detail, aber mit großen Ausgaben. Es gibt Klimapfade-Studien. BDI beispielsweise. Da kommt man auf Richtung eine Billion bis 2050 an Zusatzausgaben für Investitionen des privaten und staatlichen Sektors. Also, das muss ja erreicht werden. Und das geht nicht aus dem normalen Steuerhaushalt. Eine Generation wird es überfordern.

Barenberg: Und jetzt haben wir bisher nur über den Klima- und Transformationsfonds gesprochen. Der stand im Zentrum des Urteils, aber alle befürchten jetzt auch – oder viele – Auswirkungen auf einen weiteren Schattenhaushalt, einen noch größeren, den WSF, den Wirtschaftsstabilisierungsfonds. Rechnen Sie auch damit, dass die Probleme noch wachsen werden für die Ampelregierung?

Hüther: Also, es ist nicht unwahrscheinlich. Ich kann hier nur zur Kenntnis nehmen, was juristische Stimmen dazu sagen, dass die Nutzung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds beispielsweise für die Gaspreis- und Strompreisbremse im vergangenen Jahr ähnlich zu bewerten ist. Das würde bedeuten, dass die dann nicht verlängert wird, dass wir hier einen Bruch haben. Und viele Dinge greifen ja auch ineinander. Nehmen Sie den Kompromiss zur Stromsteuer. Die Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Niveau ist im Haushaltsgesetz 2024. Der damit verbundene Spitzenausgleich für die Energieintensiven und das Super-Cap sind im KTF verplant oder eingeplant. Das heißt, es brechen ganz, ganz viele Kompromisse auseinander,

die für die deutsche Wirtschaft natürlich in diesem Umstieg zur Klimaneutralität wichtig sind. Wir stehen hier vor der Frage: Wie können wir überhaupt Investitionen stabilisieren? Wir haben dieses Jahr ein völlig anämisches Wachstum. Also, minus irgendwas, -0,3. Auch nächstes Jahr sieht es nicht gut aus. Stagnation und dann eine Aussicht auf schwaches Wachstum in den nächsten Jahren, wie der Sachverständigenrat schreibt, setzt ja in den Raum, dass wir Investitionen nach vorne treiben. Das braucht eine riesige Investitionsoffensive, öffentlich und privat. Wir erleben ja auch die schweren Lasten, die mittlerweile die Qualität der Infrastruktur auf die Unternehmen setzt. Und dieses gesamte Paket steht völlig im Raum. Und ich weiß nicht, welche politische Klasse überhaupt hier eine Lösung hat, denn so wird es nicht gehen.

Barenberg: Ein Gedanke, der jetzt die Runde macht, ist ja die Frage, ob man die Schuldenbremse mit einer vernünftigen, tragfähigen Begründung jetzt noch einmal aussetzen könnte für dieses Jahr, für nächstes Jahr möglicherweise. Die Auffassungen darüber, die Einschätzungen dazu gehen sehr auseinander. Wie ist das aus Ihrer Sicht? Ist das ein gangbarer Weg?

Hüther: Also, ich halte das für einen nicht so plausiblen Weg, denn was sollte die Begründung sein? Schwierige wirtschaftliche Lage, na, Gott, ja. Wir haben keine schwere Rezession. Wir haben Stagnation. Das kann zwar manchmal schlimmer sein, aber als Notlage schwer zu beschreiben. Die Klimakrise ist eine Veranstaltung, die wir ja in einem größeren zeitlichen Rahmen sehen. Wie viele Jahre wollten wir da die Schuldenbremse aussetzen? Nein, ich glaube nicht, dass das der überzeugende Weg ist. Wir stehen alle da wie das Kind beim Dreck, weil die politischen Gruppen, die Parteien nicht bereit waren, jedenfalls einige, überhaupt mal über eine Reform der Schuldenbremse nachzudenken. Jedem, der das gesagt hat, wurde vorgeworfen, er will sie abschaffen. Darum geht es aber nicht. Es geht um das Lernen der Lektionen aus den letzten Jahren und das Anerkennen der anderen Herausforderungen. Deswegen ist eher die Frage, wie eine Investitionsklausel hinein könnte in diese Schuldenbremse. Oder man geht den Weg des Bundeswehrsondervermögens, wo man ja auch gesagt hat, wir können nicht 16 Jahre in einem Steuerhaushalt Unterfinanzierung der Bundeswehr nachholen, also machen wir einen solchen Fonds. Und auf der anderen Seite kann man auch sagen, dieser Klima- und Transformationsfonds wird dann als eine Sonderregelung ins Grundgesetz eingefügt. Alles nicht sehr schön, aber irgendwie müssen wir einen Weg finden, der diese langfristigen Aufgaben auch generationengerecht darstellt. Das ist ja eine Sache, von der meine Generation eigentlich gar nicht viel hat – ganz nüchtern gesprochen. Ich finde es wichtig

für Kinder und Kindeskinde, meine Enkelkinde. Aber dann dürfen die auch durchaus mitfinanzieren. Insofern ist der KTF ja berechtigterweise ein Fonds, den man auch mit Kredit finanziert.

Barenberg: Also, wenn ich Sie richtig verstehe, Schuldenbremse noch mal aussetzen, keine gute Idee?

Hüther: Ja.

Barenberg: Aber Sie sagen, Sie sind an der Seite derjenigen, die sagen, die Schuldenbremse stammt aus einer anderen Zeit und von heute aus betrachtet muss man sagen, das ist eher eine Bremse, eine Fessel für politische Gestaltungsmöglichkeit angesichts der großen Herausforderungen?

Hüther: Sie ist beispielsweise auch eine Steuersenkungsbremse. Sie ist nicht nur selbst zu einer Wachstumsbremse geworden, weil die Investitionen immer schwächer wurden, sondern sie ist auch eine Steuersenkungsbremse. Und schauen Sie sich die Steuersätze der Wirtschaft, der Unternehmen an im internationalen Vergleich. Auch das hemmt ja das Investieren hier am Standort. Auch hier muss nach Lösungen gesucht werden, wie wir eine Steuerreform nach 14 Jahren machen können. Also, es geht doch einfach darum, eine Regel, die ihren Sinn hatte in einer politischen Zeit und Diskussion der Jahre 2007, 2008 und 2009 anzupassen und zu lernen, dass heute die Bedingungen andere sind, ohne gleich schwarz-weiß zu malen. Und jeder, der das behauptet, dass man die jetzt einfach so nehmen müsste, dass man sie fortschreiben müsste, dass sie quasi heilig ist, der wird doch der Diskussion nicht gerecht.

Barenberg: Michael Hüther, der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, danke für das Gespräch heute Morgen.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.
Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews
und Diskussionen nicht zu eigen.*